

Dr. Heinz Kienzl, Herbert Skarke (Hg.)

ANTON BENNYA

UND DER AUSTROSOZIALISMUS

Erinnerungen und Gedanken



OCB VERLAG

Gespräch mit Hannes Androsch

Gehmacher: Wie bist du in deiner Laufbahn in die Arbeiterbewegung gekommen? Wann hast du begonnen, in der größten Zeit der Sozialdemokratie tätig zu werden?

Androsch: Ich bin in meiner Familie die vierte Generation, die diesbezüglich sozialisiert wurde. Einer meiner Urgroßväter mütterlicherseits war Teilnehmer beim ersten Maiaufmarsch 1890 im Wiener Prater. Dieser wurde danach durch die berittene Polizei gewaltsam aufgelöst. Damit ist die Frage zum Teil bereits beantwortet. Ein Onkel meiner Mutter, Georg Sailer, kandidierte noch für den Reichsrat und war in der Ersten Republik sozialdemokratischer Nationalratsabgeordneter. Meine beiden Elternteile waren politisch tätig, ich selbst bin aufgewachsen im Turnverein, bei der Sozialistischen Jugend, dann war ich beim Verband Sozialistischer Mittelschüler und als Student beim Verband Sozialistischer Studenten Österreichs und wurde 1962 zu dessen Verbandsobmann gewählt. Und der Rest ist ja bekannt. Das ist meine politische Sozialisierung, allerdings mit einem Unterschied, ich habe sehr früh das Wirtschaftsleben kennengelernt, weil meine Eltern als Steuerberater und Buchprüfer mit Betrieben zu tun hatten. Ich habe dann Ökonomie studiert, und zwar unter dem Einfluss von Walter Eucken und Erich Schneider. Letzterer hat die damals angelsächsische Makroökonomie zu uns gebracht, mein Doktorvater, Leopold Illetschko, hat uns diese vermittelt. An der damaligen Hochschule für Welthandel standen damals ansonsten die Lehrveranstaltungen von Richard Kerschagl oder Walter Heinrich, dem Schwiegersohn von Othmar Spann, zur Auswahl. Diesbezüglich haben wir ja im Urwald gelebt.

Gehmacher: Du bist da also hineingewachsen in das neue ökonomische Denken?

Androsch: Ja, und dazu möchte ich zum näheren Verständnis eine Episode erzählen. Nachdem Bruno Pittermann mit dem Wahlspruch „Pittermann für Jedermann, Jedermann für Pittermann“ die Nationalratswahlen stimmenmäßig, aber nicht mandatsbezogen gewonnen hatte, hat Julius Raab bei

den Regierungsbildungsverhandlungen der SPÖ den Finanzminister angeboten. Pittermann hat sofort ja gesagt und als Finanzminister Bruno Kreisky vorgeschlagen. Der hat sich sofort von seinem damaligen Sekretär Peter Janakowitsch aus der Bibliothek des Parlaments das Handbuch der Finanzwissenschaften kommen lassen. Daraufhin hat es in der Vereinigung der Österreichischen Industriellen einen Riesenaufrast gegeben und am nächsten Tag war dieser Vorschlag wieder vom Tisch. Wir VSSTÖ-Studenten (darunter auch meine Freunde Günther Steinbach, Beppo Mauhart, Franz Weich und Fritzl Hofmann) diskutierten diese Episode beim Heurigen, wobei die meisten davon überzeugt waren, dass wir als SPÖ keine Wirtschaftskompetenz haben und daher auch nicht das Finanzressort übernehmen könnten. Mich ärgerte, dass wir uns diese Aufgabe nicht zutrauten und dass in unserem Selbstverständnis so sehr der Glaube an unsere mangelnde Wirtschaftskompetenz verankert war. Wir verfügten in den Augen aller zwar über Sozialkompetenz, innen- und außenpolitische Kompetenz, aber trotz des langjährigen Regierungsmitglieds und ausgewiesenen Experten Karl Waldbrunner nicht über ausreichende Wirtschaftskompetenz. Dabei gab es im ÖGB und in der Arbeiterkammer sehr kompetente wirtschaftswissenschaftliche Abteilungen mit anerkannten profilierten Fachleuten.

Kienzl: Da möchte ich gleich fortsetzen. Wir in der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft haben Kreisky einmal eine Umfrage gegeben, aus der hervorgegangen ist, was du gesagt hast, nämlich dass die Sozialdemokraten keine Wirtschaftskompetenz besäßen. Das hat Kreisky zum Nachdenken animiert und herausgekommen ist dann dieses Projekt der 1.400 Experten. In diesem Projekt hast du dann ja eine ganz entscheidende Rolle gespielt.

Androsch: Das mit der Umfrage wusste ich nicht! Ich war im SPÖ-Klub im Parlament für Wirtschaftsfragen zuständig und trat 1967 für die Wahl von Kreisky zum Vorsitzenden unserer Partei ein. Das war in Wien nicht die Mehrheitsposition. In meinem eigenen Bezirk, ich war im Bezirksparteivorstand Floridsdorf, hatte ich dafür Erklärungsbedarf. Kreisky wurde im Jänner 1967 zum Parteivorsitzenden gewählt, Benya war dagegen, später wurden sie versöhnt. Im Jänner wurde Bruno Kreisky gewählt, im April lud er zu einer ökonomischen Versammlung, und die fand, für die neue Parteilinie

symbolhaft, nicht in einem Gewerkschaftsheim, sondern in einem Palais – dem Palais Auersberg – statt. Es war eine Riesenveranstaltung. Zentrales Thema war das künftige Wirtschaftsprogramm. Kreisky hatte erkannt, dass wir, wenn wir mehrheitsfähig werden wollten, der Vielfalt anerkannter Qualitäten, die unsere Partei hatte, wohl auch qualifizierte und fundierte Wirtschaftskompetenz hinzufügen mussten. So entstand das Wirtschaftsprogramm 1968, und am Schluss, als das alles in die Wahlplattform Ende November/Anfang Dezember 1969 verdichtet wurde, hat Kreisky, von Journalisten gedrängt, gemeint, wir brauchen zu unserem Programm auch ein Finanzierungskonzept. Ich wurde gemeinsam mit Ernst Eugen Veselsky, Walter Fremuth, Hans Reithofer und Fredi Reiter beauftragt, ein Finanzierungskonzept zu erstellen. Das wurde dann zum Programm des Finanzministers der Regierung Kreisky, der zu dem Zeitpunkt aber nicht ahnen konnte, dass er vier Monate später in der Himmelfortgasse sitzen würde.

Kienzl: Vielleicht noch eine Bemerkung zur Wahl Kreiskys zum Parteiohmann. Du weißt doch sehr gut, wer ihn da als Parteiohmann gefördert hat. Zum einen hieß es, schon wieder ein Wiener, und zweitens haben die Kärntner sich ganz entschieden für Kreisky ausgesprochen. Das waren Leute wie Erich Suchanek, Leopold Wagner, Hans Schober, von denen man eigentlich nicht annehmen konnte, dass sie einen Mann jüdischer Herkunft favorisieren würden.

Androsch: Du bist mir nicht böse, aber da muss ich deine Argumentationslinie einschränken. Auf Erich Suchanek trifft das sicherlich nicht zu, bei Hans Schober vielleicht ein wenig, aber das hat nicht für die anderen Bundesländer gegolten. Was du sagst ist zwar nicht falsch, aber doch ein bisschen einseitig.

Kienzl: Kaum bist du Finanzminister in der Minderheitsregierung gewesen, ist der Dollar schon zusammengebrochen.

Androsch: Da muss ich vorher noch etwas Persönliches zu Anton Benya sagen. Ich kannte Benya von den Seminaren der sozialistischen Studenten. Kreisky hat mich als Finanzminister vorgeschlagen, Benya war anfänglich reserviert, er sagte: „Das ist dein Finanzminister, unserer ist er nicht!“

Kienzl: Dabei ist es dann aber nicht geblieben?

Androsch: Dabei ist es nicht geblieben!

Kienzl: Ich habe heute meinem Kollegen von der Schweizer Nationalbank einen Brief geschrieben, in dem ich ihm schilderte, wie schwer es war, die Wechselkurse von Schilling und D-Mark zu stabilisieren. Du warst hier der Vorkämpfer, hast die tragende Rolle gespielt. Wir standen dir als Apparat der Nationalbank zur Seite. Aber auch Benya hat eine ganz wichtige Rolle gespielt. Wie siehst du das?

Androsch: Erinnerung dich daran, dass für diese Währungspolitik schon Stephan Koren eintrat. Als es im Herbst 1969 zu einer Aufwertung der D-Mark kam, gab es bei uns eine allgemeine Ablehnung mitzumachen, auch beim ÖGB und auch ganz massiv in der Industriellenvereinigung. Ich erinnere daran, dass Horst Knapp in den Finanznachrichten schrieb, dass man den Streit darüber durch die Polstertüren hindurch am Gang vernehmen konnte, weil die Industrie um ihre Exporte fürchtete und eine Schillingaufwertung daher ablehnte. Ich trat schon damals für eine Aufwertung ein. Als ich zum Finanzminister berufen wurde, war ich von allem Anfang an dazu entschlossen, eine Hartwährungspolitik, Ankoppelung an die D-Mark als Ankerwährung, durchzusetzen. Das war der Beginn der lange umstrittenen sogenannten Hartwährungspolitik. Ohne Benya wäre diese nicht möglich gewesen. Und für die Meinungsbildung von Benya waren meiner Meinung nach zwei Personen entscheidend, und zwar Karl Waldbrunner und du. Auf mich alleine hätte Benya höchstwahrscheinlich nicht gehört, obwohl er inzwischen zunehmend Vertrauen zu mir gefasst hatte und wir letztendlich auch Freunde geworden sind. Aber auf dich, lieber Heinz, ich will dir jetzt nicht schmeicheln, das haben wir in unserem Alter nicht mehr notwendig, hat er gehört, deine Fachkompetenz hat er anerkannt. Daher war deine Unterstützung und vor allem auch jene von Karl Waldbrunner bei der Durchsetzung der Hartwährungspolitik entscheidend. Bei aller väterlichen Freundschaft und Verbundenheit muss ich sagen, dass die damalige Konstellation mit ÖGB und Nationalbank für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung Österreichs ein Glücksfall war. Ohne euch beide, aber auch ohne die Einfluss-

nahme von Erich Hofstetter wäre Benya bei seinem Eintreten für die Hartwährungspolitik nicht so sicher gewesen. Bei einem Jour fixe hat Kreisky, vom Präsidenten der Industriellenvereinigung Hans Igler und seinem engen Freund und Industriellen Karl Kahane beeinflusst, wieder einmal versucht, Benya von der Notwendigkeit eines schwächeren Schillings zu überzeugen: „Schau Toni, warum bist du so gegen eine Schwächung des Schillings, das wäre doch im Interesse unserer Exporte und damit unserer Arbeitsplätze.“ Benya hat darauf nur lapidar geantwortet: „Weil es ein Blödsinn ist!“ Damit war Ende der Diskussion. Er hat seine Überzeugung weder keynesianisch noch mit einem anderen Modell begründet, sondern aus dem Bauch heraus. Aber in diesem Bauch steckte das Wissen von Waldbrunner und Kienzl. Dass die Hartwährungspolitik ein Zankapfel zwischen Finanzminister und Regierungschef war, ist ja bekannt.

Kienzl: Du hast ja noch verschiedene andere Probleme zu bewältigen gehabt?

Androsch: Das Verhältnis zwischen Benya und mir hat sich bald zunehmend verbessert. Nachdem er bei meiner Bestellung gegenüber Kreisky noch festgehalten hatte: „Dieser Finanzminister ist nicht unsrer, sondern deiner“, ist Waldbrunner zu mir gekommen und hat gesagt: „Jetzt haben wir den ersten roten Finanzminister, und der kann angeblich nicht mit dem ÖGB-Präsidenten, das kann nicht sein.“ Auf meine Frage, was ich dagegen machen könne, meinte Waldbrunner: „Ich werde Benya und seine Frau sowie dich mit deiner Gattin einmal zu mir nach Meidling einladen.“ So begann unsere Annäherung, also sehr höflich. Und ich habe mir gedacht, na ja, jetzt werde ich alle paar Wochen einen Besuch in der Hohenstaufengasse machen. Beschwerlich, um viertel acht in der Früh, Benya war ein Morgenmensch. So hat sich das entwickelt. Es hat sich dann herausgestellt, dass die Hartwährungspolitik nur eines der kontroversiellen Probleme war, wie später auch die Verstaatlichte Industrie und die Energiepolitik.

Eine andere wichtige Zukunftsfrage war, welche Weichenstellungen müssen wir jetzt vornehmen, damit wir den Wohlfahrtsstaat erhalten können. Benya meinte – es gab damals 2,8 Millionen unselbständig Beschäftigte – ohne langfristig hohe Beschäftigung werden wir das nicht schaffen. Diesen Zusammenhang hat er gut verstanden. Aus dieser großen Übereinstimmung in ent-

scheidenden wirtschaftspolitischen Fragen entstand auch privat eine enge, ja freundschaftliche Bindung. Parallel dazu war auch eine Freundschaft zwischen meiner Mutter und Anton Benya, wie auch zu seiner Gattin entstanden. Ich behaupte, dieses Zusammenwirken war ein Glücksfall für die österreichische Wirtschaft. Natürlich haben mehrere Personen mitgewirkt. So ist in diesem Zusammenhang ÖGB-Sekretär Erich Hofstetter nicht zu vergessen. Aber Benya war die tragende Säule. Das hat sich dann auch in der Vorbereitung und Umsetzung bei Regierungsklausuren wie folgt abgespielt: Zuerst ein Vieraugengespräch mit Kreisky, meist in Lech. Ich hatte das, was ich zu sagen hatte, gut vorbereitet. Das hat sich Kreisky grosso modo angehört. Sobald ich grünes Licht bekam, habe ich Mauhart und Vranitzky angerufen und gebeten, die entsprechenden Unterlagen vorzubereiten. Sobald ich wieder in Wien war, habe ich diese dann zu Benya gebracht. Bei Regierungsklausuren hat Kreisky in der Regel zunächst die Welt erklärt und dann gemeint, den Rest erzählt euch der Finanzminister. Der Finanzminister hat gesagt, ihr habt die Unterlagen, worauf Benya aufstand und meinte, das ist sehr gut vorbereitet. Wenn Benya dann auch noch dafür eintrat, gab es keine Debatte mehr.

Gehmacher: Wie hat das dann mit den Schwierigkeiten in der Finanzpolitik begonnen?

Androsch: Wenn ich es auf eine vereinfachende Formel bringen möchte: Die Vernunft ist dem Populismus und dem Opportunismus zum Opfer gefallen. Ob das Zwentendorf oder Hainburg, ob das die Verstaatlichte oder der Wohlfahrtsstaat waren. Ich hatte Ende 1979 eine Kontroverse über die zukünftige Finanzierung des Wohlfahrtsstaates mit dem Sozialminister gehabt, das ist hin und her gegangen, und ich habe schließlich den Kanzler bemüht. Kreisky entschied die Angelegenheit, indem er meinte, in einem Konflikt zwischen dem Finanzminister und dem Sozialminister sei er immer auf der Seite des Sozialministers. Landesrat Josef Gruber, der langjährige Betriebsratsobmann von Böhler hat sich einmal beschwert: „Da war etwas in Judenburg ausgemacht, abgesprochen zwischen der Gewerkschaft und allen Beteiligten, der Betriebsratsobmann hat in der Früh Kreisky angerufen, und dann war alles anders.“ Das meine ich mit Populismus.

Kienzl: Es wird doch jetzt immer kritisiert, dass wir jetzt immer mehr und mehr Schulden machen. Ich kann mich erinnern, dass du einmal gesagt hast, die Banken müssen froh sein, dass wir ihnen das Geld abnehmen, das sie von den Sparern bekommen, und wir machen damit sinnvolle Investitionen. Was waren diese sinnvollen Investitionen?

Androsch: Noch in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre boomte die Wirtschaft. Ein Problem war die wachsende Lohndrift, das heißt, die wirklich bezahlten Löhne waren den Kollektivverträgen davongerannt. Außerdem war die Bewältigung der Auswirkungen der steigenden internationalen Inflation zur großen Herausforderung für die Wirtschaftspolitik der Regierung geworden. Wir hatten trotzdem im Bundesbudget eine mehr oder minder ausgeglichene Situation und im Staatssaldo einen Überschuss. Dem Wirtschaftseinbruch, dem Wachstumsknick 1975, haben wir erfolgreich gesteuert. Dabei haben wir immer noch die Hälfte aller öffentlichen Investitionen durch laufende Einnahmen gedeckt, also durch öffentlichen Cash-Flow. Damit haben wir erreicht, dass bis 1981 die Arbeitslosigkeit nie über 60.000 gestiegen ist.

Was aber eingetreten ist, war ein Leistungsbilanzproblem, weil wir aus falschen Prognosen heraus zu hohe Lohnrunden hatten, bis zu 18 Prozent. Aber Benya, Hofstetter und die Gewerkschaft insgesamt haben eingesehen, dass diese Entwicklung ein Fehler war, den wir korrigieren müssen. Es kam das zweite Abgabenänderungsgesetz, ein Maßnahmenpaket im Herbst 1977, um die Leistungsbilanz zu korrigieren, den Kurs vom Schilling zur D-Mark zu halten und das Budget wieder ins Lot zu bringen. Beides ist uns innerhalb von drei Jahren gelungen. Es waren keine angenehmen und schon gar nicht populistische Maßnahmen, die wir damals getroffen haben. Auch diese Politik hätte ich ohne die Unterstützung durch Anton Benya und Karl Waldbrunner nicht durchsetzen können. Dadurch gelang es, und das ist inzwischen historisch unbestritten, die österreichische Wirtschaft für lange Zeit auf Erfolgskurs zu bringen. Die Früchte ernten wir heute noch, wenngleich zunehmend an manchen Ecken und Enden schwächelnd. Das ist aber eine andere Geschichte. Benya, unterstützt von dir, lieber Heinz, von Hofstetter, Waldbrunner und einigen anderen, hatte verstanden und war daher auch bereit, einen vernünftigen, an der Realität orientierten wirtschaftspolitischen

Kurs mitzutragen. Natürlich hat Anton Benya als ÖGB-Präsident darauf geschaut, dass eine Lohnsteuersenkung gemacht wurde. Im Zusammenhang mit der inflationären Entwicklung war die gewerkschaftliche Forderung nach Anhebung der Kfz-Pauschale damals besonders aktuell. Ich dachte mir, wegen dieser einen Forderung fange ich mir mit Benya keinen Streit an. Das war seine Strategie, auch wenn es um Steuersenkungen ging. Das habe ich zähneknirschend als Preis für die Unterstützung des gesamten Kurses akzeptieren müssen. Ich wollte natürlich keine Steuersenkung. Es ist ja nicht die Aufgabe des Finanzministers, für Steuersenkungen einzutreten. Aber von diesen speziellen Dingen des ÖGB-Präsidenten abgesehen, konnte insgesamt ein erfolgreicher, klarer Kurs gesteuert werden, der ohne Benya nicht möglich gewesen wäre. Ebenso wichtig war aber auch die Einbindung der Sozialpartner insgesamt. Auch wenn Rudolf Sallinger als Präsident der Bundeswirtschaftskammer manchmal nicht mitmachen konnte, hat er die getroffenen Entscheidungen akzeptiert. Die Meetings zwischen Benya und Sallinger brachten inoffizielle Übereinstimmung. Das war eine tragfähige Basis für ein kleines Land, das sich in dem Wirrwarr des Umfelds, gleich einer Nusschale auf stürmischen Gewässern, erfolgreich durchschlängeln konnte. Ich behaupte, dass wir davon heute noch zehren. Die beschriebenen Mechanismen funktionieren heute nicht mehr so, die Sozialpartnerschaft wurde von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel scharf zurückgedrängt.

Kienzl: Eine Frage noch zu diesem Generationenkonflikt. Aus meiner Sicht war es zum Teil so, dass Kreisky immer noch die elende wirtschaftliche Situation der Zwischenkriegszeit im Kopf hatte, während du, ich rechne mich auch noch dazu, wir das Gefühl hatten, wir sind stark, wir sind verlässlich, wir setzen uns durch, wir schaffen alles. War das nicht auch aus deiner Sicht so?

Androsch: Darin, denke ich, waren wir Jüngere mit den Älteren einer Meinung, dass aus ökonomischen wie aus sozialen und, wenn man so will, aus moralischen, ethischen Gründen eine Situation wie in den 1930er-Jahren mit all ihren tragischen politischen Folgen einfach vermieden werden muss. Da waren wir uns einig. Ich war zusätzlich noch folgender Meinung, nicht weil ich es erlebt habe, aber man kann ja auch nachlesen: Es gab bei uns in der Ersten Republik den Völkerbund-Kommissar Alfred Zimmermann, der

jedem Beschluss der Bundesregierung zustimmen musste. Mitte der 1970er-Jahre mussten etwa unsere britischen Freunde demütig zum Währungsfonds betteln gehen, damit sie sich über Wasser halten konnten. So wollte ich die Demütigung nicht erleben, dass Österreich zum Währungsfonds betteln gehen muss. Das habe ich aber öffentlich nie so gesagt.

Kienzl: Aber mir hast du es gesagt, zum Währungsfonds zu gehen ist gut, aber immer als Kreditgeber, nie als Kreditnehmer.

Androsch: Danke für die Bestätigung, und ich war wieder in der glücklichen Lage, einen Benya, einen Kienzl und einen Waldbrunner zu haben, die das genauso gesehen haben.

Bonaparte: Wie stand der ÖGB zur Einführung der Individualbesteuerung, und welche Rolle spielten da Politikerinnen?

Androsch: Da habe ich keine Widerstände gehabt, Benya war dafür. Es war eine ganz wesentliche Maßnahme zur Gleichstellung der Frauen, die bis heute wirksam ist. Da sind wir auch Deutschland weit voraus. Gesellschaftspolitisch hat Christian Broda mit seinen Reformen Österreich verändert, und viele der heute selbstverständlichen Grundlagen geschaffen. Diese Ziele haben wir auf steuerlichem Weg auch im Finanzministerium verfolgt, aber ohne die Unterstützung des ÖGB wäre dies wohl nicht möglich gewesen.

Gehmacher: Dann kam eine Zeit der Zweifel, eine Änderung der vorherrschenden Paradigmen.

Androsch: Wohlstand, Wohlfahrt und Selbstvertrauen waren unsere Ziele! Die Frage, ob Österreich eine Nation ist oder nicht, diese Frage ist in den 1970er-Jahren endgültig verschwunden. Bis zu dem Zeitpunkt war das noch immer ein Diskussionsthema.

Kienzl: Du hast schon Waldbrunner erwähnt und Hofstetter. Es hat aber doch noch andere große Persönlichkeiten gegeben. Kannst du da einige charakterisieren?

Androsch: Ich kann einige benennen. Da gehört sicherlich Adolf Schärf, Leopold Figl, Karl Böhm und Julius Raab, Reinhard Kamitz, Kardinal Franz König, Karl Maisel und wohl auch Franz Olah dazu, für den ich, was ich mir nie hätte träumen lassen, bei seiner Trauerfeier 2009 im Stephansdom die Abschiedsrede gehalten habe. Franz Olah war – alles in allem genommen – in seiner Art eine bedeutende Figur. Man könnte über die Ereignisse um Franz Olah lange reden. Ich habe versucht, das zu erforschen und mit allen möglichen Leuten geredet. Jedenfalls hatte die Zweite Republik mit Rosa Jochmann, Hertha Firnberg oder Christian Broda wie auch Josef Joham oder Franz Ockermüller prägende Gestalter. Friedrich Hillegeist gehörte sicherlich ebenso dazu und auch Josef Staribacher alias „Happy Pepi“ oder Otto Rösch. Es hat einen doch sehr beachtlichen nationalen Konsens unter diesen Leuten gegeben, auch aus den tragischen Ereignissen der Ersten Republik heraus. Dieses Verständnis fehlt uns heute. Wir bringen oft nicht einmal mit den Sozialpartnern einen guten Konsens im Dienst der Sache zusammen, mit den Ländern schon überhaupt nicht. Das hat es gegeben, den „Geist der Lagerstraße“, diese Solidarität, wofür auch Bauwerke wie Kaprun, das Linz-Donawitz-Verfahren oder der Westbahnhof Symbole waren. Solche einigenden Symbole fehlen uns heute!

Kienzl: Zurück zu Gehmachers Frage. Haben wir irgendwann in den 1980er-Jahren, vielleicht auch in den 1990er-Jahren diesen Paradigmenwechsel gehabt? Du hast es ja schon gesagt, zusammenhalten, etwas riskieren, zukunftssträchtige Investitionen durchzuziehen. Jetzt ist man gegen alles. Wie erklärst du diesen Paradigmenwechsel?

Androsch: Der hat mehrere Gründe, wie ich glaube. Es hat einen globalen Paradigmenwechsel gegeben, wenn du so willst, der sich in den Wirtschaftstheorien von John Maynard Keynes zu Milton Friedman und Friedrich August von Hayek widerspiegelt. Auf der politischen Bühne gelten Margaret Thatcher, Ronald Reagan und George W. Bush jun. als Symbol dafür. Es hat die Globalisierung gegeben, die durch die Implosion des Sowjetreiches sowie der Rückkehr von Indien und China auf die Bühne der Weltwirtschaft und der Weltpolitik enorm beschleunigt wurde. Es hat die europäische Integration gegeben, es hat die digitale Revolution eingesetzt. Das ist unvollständig beschrieben, aber

die Gesellschaft hat sich verändert – und zwar grundlegend. Vielfach sind wir heute mit einer Verwöhntheit konfrontiert, die sich in Bequemlichkeit und Wehleidigkeit, einem Anspruchsdenken, einer Vollkasko-Mentalität usw. niederschlägt. Vorher war zum Interview ein junger Mann bei mir, hervorragend vorbereitet, gescheit, er will Journalist werden. Ich habe ihn nach dem Interview eingeladen, noch ein bisschen länger zu sprechen, wir brauchen ja immer gute Journalisten. Aber eines musste ich ihm schon sagen, das habe ich in Alpbach auch gesagt: „Müssen jetzt die Opas die Kastanien aus dem Feuer holen, wo seid ihr Jüngeren denn?“ Manche sagen selber, es geht uns zu gut. Mittlerweile befinden wir uns im vierten Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise. Österreich verfügt inzwischen über 4,5 Millionen PKWs, jeder siebte Österreicher hat sich einen neuen PKW zugelegt, trotzdem lebt jeder achte Österreicher angeblich an der Armutsgrenze. Wir geben jährlich über 30 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für Soziales aus, eigentlich dürfte es bei uns keine Armut geben. Unbestritten kümmern wir uns um die ganz Armen nicht genug. Und um die Jugend, die verwaorlosten Kinder, die sich ins Koma saufen, kümmern wir uns noch weniger. Gleichzeitig geben wir zu wenig für die Zukunft, also für Bildung, Wissenschaft, Universitäten und Forschung aus. Da kann ich nur sagen, da kann etwas nicht stimmen.

Kienzl: Dass wir uns um die nicht kümmern, da muss ich dir jetzt widersprechen. Ich war vor zwei Wochen bei Erich Foglar. Er hat mir gesagt, seine größte Sorge seien diese 9.000 Jugendlichen, die nicht einmal Lehrlinge werden können. Da hat er eine große Sorge damit.

Androsch: Diese teile ich. Das ist aber auch eine Folge unseres unzureichenden Bildungssystems, das wir im gesamten Bildungsbogen vom Kindergarten weg modernisieren und den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts anpassen müssen. Zehn Prozent der 15-jährigen bekommen keine Ausbildung, weil sie nicht ausbildungsfähig sind. Das darf doch nicht wahr sein! Weil sie nicht lesen und schreiben können, nimmt sie keiner, und jene, die genommen werden, müssen oft ein halbes Jahr nachgeschult werden. Auch die Universitäten stehen vor diesem Problem. An der Technischen Hochschule in Wien beispielsweise werden Grundkurse in Mathematik angeboten, weil die Maturanten den Mittelschulstoff nicht beherrschen.